

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	11
Einführung	15
I. Fragestellung und These	18
II. Methodische Grundlagen	22
III. Gang der Untersuchung	25
Teil 1: Sekundärrechtliche Maßstäbe für die Zulässigkeit eines nationalen Versandverbots verschreibungspflichtiger Arzneimittel	28
I. Zulässigkeit eines nationalen Versandverbots nach dem Gemeinschaftskodex für Humanarzneimittel	30
1. Der Anwendungsbereich von Artikel 85c Absatz 1 Gemeinschaftskodex	32
2. Keine Ermächtigung der Mitgliedstaaten zu einem Versandverbot	36
II. Die Maßstäbe der Patientenrechterichtlinie	39
1. Fernabsatzrichtlinie	41
2. E-Commerce-Richtlinie	43
3. Rechtsprechung des Gerichtshofs	46
III. Anforderungen an das nationale Gesetzgebungsverfahren	46
1. Notifizierung bei der Europäischen Kommission	48
2. Ex-ante-Verhältnismäßigkeitsprüfung	51
IV. Zwischenergebnis	53
Teil 2: Das Urteil in der Rechtssache Deutscher Apothekerverband als Präjudiz für die Zulässigkeit eines neuen Versandverbots?	56
I. Die Entscheidung und ihr Kontext	58
1. Das absolute Arzneimittelversandverbot	58
2. Beurteilung des Versandverbots durch den Gerichtshof	61
3. Rezeption und Kritik der Entscheidung	68

II. Die Bindungswirkung der Urteile des Europäischen Gerichtshofs	71
1. Die Rolle des Vorabentscheidungsverfahrens	72
2. Die Bindung nationaler Gerichte	74
3. Die Bindung des Gerichtshofs	77
4. Prüfungsmaßstäbe statt Präjudizien	83
III. Die Gründe für eine Neubewertung	85
1. Kontextuelle Veränderungen	86
a) Die Legalisierung des Arzneimittelversandhandels	87
b) Regulierung der Gesundheitsrisiken des Arzneimittelversands	89
c) Ein neues Versandverbot als Rückschritt	92
2. Der Wandel der unionsgerichtlichen Verhältnismäßigkeitskontrolle	94
a) Die Entwicklung der evidenzbasierten Verhältnismäßigkeitskontrolle im Urteil zur Rechtssache Scotch Whisky Association	95
b) Verschärfung der evidenzbasierten Verhältnismäßigkeitskontrolle im Urteil zur Rechtssache Deutsche Parkinson Vereinigung	99
IV. Zwischenergebnis	101
Teil 3: Die Kontrolle eines nationalen Versandverbots für verschreibungspflichtige Arzneimittel an den Maßstäben der Grundfreiheiten	104
I. Anwendbare Grundfreiheiten	106
1. Warenverkehrsfreiheit	107
2. Niederlassungsfreiheit	108
3. Dienstleistungsfreiheit	111
II. Beschränkung der Warenverkehrsfreiheit	113
1. Behinderung des grenzüberschreitenden Handels	115
2. Nur das Verbot einer bestimmten Verkaufsmodalität?	116
a) Der Versandhandel als Verkaufsmodalität	118
b) Universalität und Neutralität eines Versandverbots	119
3. Der Marktzugang als entscheidendes Kriterium	124

III. Rechtfertigungsgründe	127
1. Der Schutz der menschlichen Gesundheit	129
a) Das besondere Gefahrenpotenzial verschreibungspflichtiger Arzneimittel	131
b) Unmittelbare Gesundheitsgefahren des Versandhandels	134
c) Gefährdet der Versandhandel die flächendeckende Arzneimittelversorgung?	138
2. Der Schutz der finanziellen Stabilität der gesetzlichen Krankenversicherung	148
a) Der einheitliche Apothekenabgabepreis verschreibungspflichtiger Arzneimittel	150
b) Zuzahlungen und Festbeträge als Instrumente zur Ausgabenregulierung	152
c) Gefährden die Preisnachlässe des Versandhandels die finanzielle Stabilität der gesetzlichen Krankenversicherung?	153
3. Zwischenergebnis	156
IV. Verhältnismäßigkeit	158
1. Grundlagen der binnenmarkrechtlichen Verhältnismäßigkeitskontrolle	160
a) Prüfungskriterien	162
b) Nachweisanforderungen	168
c) Kontrolldichte	173
2. Die Verhältnismäßigkeitskontrolle nach dem Urteil in der Rechtssache Deutsche Parkinson Vereinigung	178
a) Die Entscheidung und ihr Kontext	179
aa) Bindung ausländischer Versandhändler an deutsche Preisvorschriften?	179
bb) Beurteilung der Preisbindung durch den Gerichtshof	183
cc) Rezeption des Urteils und das letzte Wort zur Preisbindung	190
b) Charakteristika der evidenzbasierten Verhältnismäßigkeitskontrolle	192
aa) Gerichtliche Sachverhaltsermittlung	194
bb) Außerjuridisches Wissen als Hilfsmittel	199
cc) Kontrolle ohne Spielraum	203
c) Hintergründe und Folgen evidenzbasierter Rechtskontrolle	207

3. Beurteilung der Verhältnismäßigkeit eines Versandverbots	211
a) Legitime Ziele	213
b) Eignung	217
aa) Sicherstellung der flächendeckenden Arzneimittelversorgung	217
bb) Schutz der finanziellen Stabilität der gesetzlichen Krankenversicherung	224
c) Erforderlichkeit	227
4. Fazit	234
 Teil 4: Gesundheitsschutz im Binnenmarkt und die Liberalisierung des Arzneimittelversandhandels	 237
I. Die Kompetenzverteilung beim Schutz der menschlichen Gesundheit	238
II. Der Anwendungsbereich der Grundfreiheiten	242
III. Die Liberalisierung des Versandhandels als Symptom einer Asymmetrie des Unionsrechts?	246
 Teil 5: Rechtspolitische Ausblick	 251
I. Neue Preisbindung, alte Argumente	251
II. Welche Regulierung braucht der Apothekenmarkt?	258
 Zusammenfassung der Erkenntnisse in Thesen	 261
 Literaturverzeichnis	 267